

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (16. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sylvia Kotting-Uhl, Hans-Josef Fell, Bärbel Höhn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
– Drucksache 16/8537 –**

Von der Abfallpolitik zur Ressourcenpolitik – Von der Verpackungsverordnung zur Wertstoffverordnung

A. Problem

Durch die Verabschiedung der Verpackungsverordnung ist seit 1991 viel erreicht worden. Mittlerweile ist jedoch eine Neuorientierung notwendig. Diese muss einen schonenderen Umgang mit Ressourcen sichern und eine echte Kreislaufwirtschaft ermöglichen.

Mit dem Antrag soll die Bundesregierung insbesondere aufgefordert werden,

- den Begriff der „Wertstoffe“ zu definieren und Recyclingquoten festzulegen,
- die Produktverantwortung, die sich bisher ausschließlich auf Verpackungen bezieht, auf alle Produkte auszudehnen,
- eine Ressourcenabgabe einzuführen, die sich an der Art und Menge der eingesetzten Rohstoffe bemisst und Produkte von kurzer Haltbarkeit gegenüber solchen aus haltbaren und gut recyclebaren Materialien deutlich verteuert sowie
- eine öffentlich-rechtliche Ressourcenagentur zur Festlegung und Erhebung der Ressourcenabgabe einzurichten.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 16/8537 abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Petra Bierwirth
Vorsitzende

Michael Brand
Berichterstatter

Gerd Bollmann
Berichterstatter

Horst Meierhofer
Berichterstatter

Eva Bulling-Schröter
Berichterstatterin

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Michael Brand, Gerd Bollmann, Horst Meierhofer, Eva Bulling-Schröter und Sylvia Kotting-Uhl

I. Überweisung

Der Antrag auf **Drucksache 16/8537** wurde in der 154. Sitzung des Deutschen Bundestages am 10. April 2008 zur federführenden Beratung an den Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und zur Mitberatung an den Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und den Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller betonen, dass durch die Verabschiedung der Verpackungsverordnung seit 1991 viel erreicht worden sei. Mittlerweile sei jedoch der ökologische und ökonomische Nutzen zu hinterfragen und eine Neuorientierung notwendig. Diese müsse einen schonenderen Umgang mit Ressourcen sichern und eine echte Kreislaufwirtschaft ermöglichen.

Die Antragsteller fordern die Bundesregierung insbesondere auf,

- den Begriff der „Wertstoffe“ zu definieren und Recyclingquoten festzulegen,
- die Produktverantwortung, die sich bisher ausschließlich auf Verpackungen bezieht, auf alle Produkte auszudehnen,
- eine Ressourcenabgabe einzuführen, die sich an der Art und Menge der eingesetzten Rohstoffe bemisst und Produkte von kurzer Haltbarkeit gegenüber solchen aus haltbaren und gut recyclebaren Materialien deutlich verteuert sowie
- eine öffentlich-rechtliche Ressourcenagentur zur Festlegung und Erhebung der Ressourcenabgabe einzurichten.

III. Stellungnahme der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Technologie** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8537 abzulehnen.

Der **Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz** hat mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfohlen, den Antrag auf Drucksache 16/8537 abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat den Antrag auf Drucksache 16/8537 in seiner 77. Sitzung am 3. Dezember 2008 beraten.

Die **Fraktion der CDU/CSU** erklärte, dass sie die Forderungen des Antrags zur Produktverantwortung, Ressourcenschonung und Bewahrung der Schöpfung teile. Jedoch sei ein bürokratischer Ansatz gewählt worden, bei dem alle Produkte gelistet und eingestuft würden, um ihnen eine Abgabenhöhe zuzuweisen. Damit werde die individuelle Produktverantwortung ausgehebelt, was man ablehne. Es sei der richtige Weg, in bestimmten Punkten, in denen man Konsens erzielen könne, nach gemeinsamen Lösungen zu suchen und auch auf die Bundesregierung einzuwirken, sich intensiv um die Probleme des Mehrwegsystems zu kümmern, denn der Einbruch bei Mehrwegverpackungen sei dramatisch und erfordere rasches Handeln.

Die **Fraktion der SPD** wies darauf hin, dass man das grundsätzliche Ziel des Antrags, die Weiterentwicklung der Abfallpolitik zur Ressourcenwirtschaft, teile. Die Einführung einer Ressourcenabgabe lehne man jedoch ab, weil sie nicht kontrollierbar sei, einen hohen bürokratischen Aufwand nach sich ziehe und die Wettbewerbsfähigkeit gefährde. Man plädiere dafür, das Konzept der Wertstofftonne weiterzuentwickeln.

Die **Fraktion der FDP** führte aus, die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Ressourcenagentur sei nicht zielführend. Man spreche sich jedoch nachdrücklich dafür aus, langfristig neue Verfahren analog des Emissionshandels mit Zertifikaten zu entwickeln und für die Übergangszeit einen vernünftigen Systemwettbewerb zu organisieren. Dabei müsse vor Ort entschieden werden, welche Optionen möglich seien und dürfe keine überbürokratisierten staatlichen Vorgaben machen.

Die **Fraktion DIE LINKE.** erklärte, dass sie den Antrag unterstütze. Es sei dringend notwendig, eine Wertstoffverordnung zu entwickeln, weil der Umgang mit Wertstoffen sehr unterschiedlich gehandhabt werde. Man brauche vernünftige Stoffströme und eine effiziente Erfassung von Wertstoffen. Im Bereich Mehrweg gebe es derzeit große Probleme, die auch zum Verlust von Arbeitsplätzen führen würden.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** zeigte sich erfreut darüber, dass man im Ziel einig sei. Der Antrag ziele darauf ab, bereits bei der Produktion die künftige Entsorgung im Auge zu haben und zu bedenken, wie man mit den eingesetzten Rohstoffen umgehe. Dies sei notwendig, weil sich neben den fossilen Energieträgern auch die Rohstoffe stark verteuerten. Eine energetische Verwertung sei nicht akzeptabel, weil man die bei der Produktion eingesetzte Energie nicht zurückgewinnen könne und die Rohstoffe selbst vernichtet würden. Zur Frage der Bürokratie weise man darauf hin, dass ähnliche Verfahren in anderen Bereichen bereits erfolgreich praktiziert würden.

Die **Bundesregierung** erklärte, dass man im Rahmen der anstehenden Evaluierung einen stärker ressourcenorientierten Ansatz bedenken werde. Die Einrichtung einer Agentur, die sämtliche Produkte einzeln bewerten solle, sehe man skeptisch.

Der **Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktionen DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 16/8537 abzulehnen.

Berlin, den 3. Dezember 2008

Michael Brand
Berichtersteller

Gerd Bollmann
Berichtersteller

Horst Meierhofer
Berichtersteller

Eva Bulling-Schröter
Berichterstellerin

Sylvia Kotting-Uhl
Berichterstellerin